

Dritter Runder Tisch deutscher Kommunen mit Partnerschaften in Nicaragua

Rathaus der Stadt Erlangen
am 9. Dezember 2014

PROTOKOLL

Ziel des Runden Tisches und Kreis der TeilnehmerInnen

Ziel dieses Runden Tisches war es, zur aktuellen politischen, sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Lage in Nicaragua zu informieren und zu diskutieren. Zudem gab es die Möglichkeit sich zur städtepartnerschaftlichen Arbeit auszutauschen, diese zu reflektieren und in den Kontext der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit einzuordnen.

Es nahmen VertreterInnen aus den Nicaragua-Städtepartnerschaften Nürnberg, Erlangen, Frankfurt am Main, Jena, Freiburg, Dietzenbach, dem Kreis Groß-Gerau und der niederländischen Stadt Helmond teil.

Projekthintergrund

Der dritte Runde Tisch deutscher Städte mit Nicaragua-Partnerschaften ist Teil des Projektes „ImpulsGlobal. Neue Wege in kommunalen Nord-Süd-Partnerschaften“, das von der Europäischen Kommission und Engagement Global im Rahmen des Programms Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) aus Mitteln des BMZ gefördert wird. Mehr Informationen finden Sie unter www.finep.org.

Der Runde Tisch wurde von finep und der Stadt Erlangen in Kooperation mit der SKEW durchgeführt.

Inhalte des Runden Tisches:

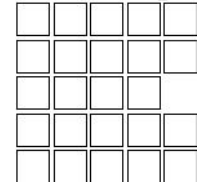
1. Begrüßung

Der Runde Tisch wurde durch den Erlanger Oberbürgermeister Dr. Florian Janik und Kurt-Michael Baudach, Projektleiter bei der SKEW, eröffnet. Anschließend begrüßte die Projektleiterin Annegret Kurze die Teilnehmenden, erläuterte das Projekt „ImpulsGlobal“ und stellte die Ziele des Runden Tisches und die Tagesordnung vor.

2. Vortrag und Diskussion: „Nicaragua, geprägt von einer starken, machtbewussten und zentralistischen Regierung“

Eberhard Albrecht, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. München

Im Vortrag gab Eberhard Albrecht seine Einschätzung der aktuellen politischen, ökonomischen, ökologischen und sozialen Lage in Nicaragua und ging auf Entwicklungen ein, die für die städtepartnerschaftliche Arbeit relevant sind (Frauenrechte, Erneuerbare Energien, Kanalbau).



Zur Politik:

Die nicaraguanische Regierung ist stark und zentralisiert die Macht im Land. Machtbewusstsein und Zentralismus münden in der Konzentration auf eine kleine Führungselite (Präsidentenehepaar). Die politische Kultur leidet unter Intransparenz und mangelnder Diskussion. Die Regierungspartei FSLN hat im Parlament eine Mehrheit um Verfassungsänderungen vornehmen zu können, und nutzte diese auch um eine unbegrenzte Wiederwahl aber auch das Politikmodell eines christlichen, sozialen und solidarischen Nicaragua in der Verfassung festzuschreiben. Die FSLN stellt die Bürgermeister in 127 von 153 Gemeinden. Ferner sind Ämter weiterer Staatsorgane mit regierungsfreundlichen Personen besetzt und FSLN unterhält gute Beziehungen zu Militär, Polizei aber auch Gewerkschaften. Die Opposition ist schwach und gespalten. Laut Meinungsumfragen ist die Bevölkerung mit der Situation zufrieden. Sie erhält Zustimmungsraten von über 50% bei Meinungsumfragen.

Zur Wirtschaft:

Wirtschaftlich ist die Entwicklung im Land positiv. Die Weltmarktpreise wichtiger Exportgüter stehen gut. Die Wirtschaftspolitik wird eng mit dem Unternehmerverband (COSEP) abgesprochen. Die Beziehungen zu Venezuela sind wichtig (Erdölimporte, günstige Kredite für Sozialprogramme).

Zu Umwelt und Energie:

Die Regierung hat neue Ministerien für Energie und Bergbau geschaffen, Erneuerbare Energien (EE) werden gefördert. Bisher wird v.a. Wasserkraft genutzt, in Zukunft soll verstärkt auf Windkraft gesetzt werden. Zwischen 2008 und 2013 wurde die Energiegewinnung aus EE von 30 auf über 50 Prozent gesteigert. Angestrebt wird eine Versorgung zu 90 Prozent aus EE.

Zur Situation der Frauen:

Im Global Gender Gap Index des Weltwirtschaftsforum in Davos schneidet Nicaragua mit Rang 6 von 142 gut ab, u.a. weil die Geschlechtergleichberechtigung in der Politik gut bewertet wird. Die Besetzung von Posten in Regierung, Parlament und anderen Gremien wird gefördert. Die Regierung verabschiedete ein Gesetz gegen die Gewalt gegen Frauen. Gleichzeitig werden die Rechte von Frauen durch ein generelles Abtreibungsverbot beschnitten. Gewalt gegen Frauen und Frauenmorde (femicidios) nehmen besorgniserregendes Ausmaß an und verschlechtern die Situation für Frauen. Die Katholische Kirche trägt, z.B. mit ihrer Position gegen Abtreibung, zur Diskriminierung von Frauen bei.

Zum Bau des interozeanischen Kanals:

Der Kanalbau ist derzeit ein zentrales Thema und größtes Bauprojekt aller Zeiten. Die Konzessionsvergabe an die chinesische Firma HKND erfolgte für 100 Jahre, in diesem Zeitraum gehen die Aktienanteile allmählich in den Besitz Nicaraguas über (1% pro Jahr), nach 100 Jahren gehört der Kanal Nicaragua. Es wird mit Investitionssummen von 40 bis 50 Milliarden Dollar für den Bau gerechnet. Die Wirtschaftlichkeit des Kanalbaus ist zweifelhaft, weil er in Konkurrenz zum kürzeren Panamakanal steht.

Kritik am Kanalbau gab es aufgrund der schnellen und intransparenten politischen Entscheidung, der Umweltbelastung (Sorge um Nicaraguasee als Trinkwasserquelle und um Naturschutzgebiete), Missachtung der Rechte von indigenen Gruppen und der Landrechte von Bäuerinnen und Bauern. Schätzungen nach werden 7000 Familien betroffen sein,

deren Grundstücke auf der Kanalroute liegen. Bisher ist der Widerstand jedoch relativ gering, die Zustimmung bei Umfragen liegt bei über 50 Prozent.

Implikationen für Städtepartnerschaften

- FSLN wird noch lange Partner sein, darauf sollte man sich einstellen
- Projekte zu Erneuerbarer Energie passen gut zur nationalen Politik
- Frauenrechte und Gewalt gegen Frauen sind ein aktuelles Thema, das auch von der Regierung angegangen wird
- Bildungswesen braucht Investitionen
- „Ministerium für Wirtschaft für Familien, Gemeinschaften, Kooperative und Vereinigungen“ (MEFCCA) könnte ein Impuls für ländliche Entwicklung sein
- Kanalprojekt wird das Land in den nächsten Jahren total verändern, wenn es umgesetzt wird

Diskussion

Herr Müller-Puhlmann verwies auf die Verwässerung des Gesetzes gegen Gewalt gegen Frauen durch die veränderte Definition von femicidios (Frauenmorde) als reine Beziehungstat und auf die Kritik von Frauenorganisationen. Herr Buss ergänzte um den Kommentar, dass kirchliche Kreise (Evangelikale, Katholische Kirche) auf die Verwässerung des Gesetzes hinwirkten.

Herr Bettenhäuser fragte nach dem Umgang mit der Regierung und ihren Maßnahmen zu Machterhalt und -konzentration. Herr Albrecht sprach der Regierung eine autoritäre Neigung zu, sie reagiere aber auch auf Widerstand. Die Regierung hat hohe Zustimmungsraten, wie Umfragen verschiedener auch internationaler Institute belegen. Es gibt positive Entwicklungen im Land, etwa in der Wirtschaft oder durch neue Menschen in der Politik sowie durch die stärkere Präsenz von Frauen. Herr Buss ergänzte, dass das Bild nicht einfach zu beurteilen sei. Hauptproblem der Regierung (wie auch in Venezuela, Ecuador) ist der Umgang mit öffentlicher Kritik und zivilgesellschaftlichen Meinungen.

Ariane Hötzer kommentierte mit eigenen Erfahrungen aus der Zusammenarbeit mit der Partnerkommune, wo Informationen zum Teil nicht weitergegeben werden, weil ein hierarchisches System besteht. Herr Becker ergänzte, dass auch seiner Einschätzung nach die Bürgermeister Entscheidungen nicht mehr selbst treffen, sondern an die Zentralregierung abgeben. Dadurch werden Prozesse verlangsamt, man begegnet in den Kommunen der Angst vor Entscheidungen.

Frau Mildenberger fragte nach Zustandekommen und Verlässlichkeit der Umfragen zur Zustimmung der Bevölkerung zur Regierung. Herr Buss antwortete, dass Umfragen verlässlich sind und z.T. auch von ausländischen Instituten in Costa Rica erstellt werden. Die Lage im Land erklärt die Zustimmung: gute Wirtschaftsdaten, positive soziale Entwicklung, Nicaragua ist sicherstes Land Zentralamerikas.

Hr. Dr. Ehrlenspiel fragte nach der Einschätzung zum Umgang mit Bürgermeisterschaften, ob Abstandhalten geboten wäre. Frau Hötzer stellte die Möglichkeit der Zusammenarbeit auf Vereinsebene heraus. Herr Buss empfahl ein breites Aufstellen der Partnerschaft möglichst durch Zusammenarbeit mit Kommune und Zivilgesellschaft.

3. Vortrag: **Erfahrungen im Rahmen kommunaler Klimapartnerschaften** Kurt-Michael Baudach, SKEW

Herr Baudach stellte heraus, dass Kommunen für den Klimawandel verantwortlich und davon betroffen sind, aber auch Kompetenzen besitzen, um diesen anzugehen. Gleichzeitig wollen sich Kommunen international engagieren und mit Ländern Zusammenarbeit, die besonders stark betroffen sind. Dazu gehört Nicaragua.

Die direkte Zusammenarbeit verdeutlicht Auswirkungen des Klimawandels im Globalen Süden und birgt Lernpotentiale durch die Zusammenarbeit.

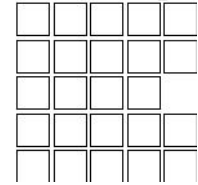
Im Projekt „50 Partnerschaften bis 2015“ sollen in 5 Projektphasen 50 Klimapartnerschaften von der Gründung über die Maßnahmenplanung und -durchführung begleitet werden. Das Projekt wird durchgeführt von der SKEW in Zusammenarbeit mit der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 2010 NRW (LAG 21). 5 Nicaraguapartnerschaften waren in der zweiten Projektphase beteiligt: Bielefeld, Jena, Köln, Nürnberg, Wuppertal. Folgende Schwerpunkte wurden in diesen Partnerschaften gesetzt: Erneuerbare Energie, brennholzsparende Herde, Abfallwirtschaft, Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft, Küstenschutz und Bildungsarbeit,

Bisherige Ergebnisse:

Durch die bisherigen Projektaktivitäten konnten Klimaschutz und Anpassung in den Partnerschaften verankert werden und die Zusammenarbeit gestärkt und um weitere AkteureInnen der Kommunen, Wissenschaft und Wirtschaft erweitert werden. Treffen auf internationaler Ebene ermöglichten den Austausch untereinander. Die erarbeiteten Handlungsprogramme der Klimapartnerschaften bieten einen guten Ausgangspunkt für die weitere Zusammenarbeit, erste Maßnahmen werden bereits umgesetzt.

Schlussfolgerungen:

- Engagement der beteiligten AkteurInnen ist wichtig, sehr hohe Einsatzbereitschaft bei den Akteuren
- Handlungsprogramme der Klimapartnerschaften sind gute Grundlage für Fördermittelanträge
- Großes Potenzial des gegenseitigen Lernens
- Kommunikation zwischen den PartnerInnen ist entscheidend, Wechsel von AnsprechpartnerInnen ist eine Herausforderung
- Begrenzte personelle und finanzielle Ressourcen müssen berücksichtigt werden
- Die politischen Rahmenbedingungen sind sehr präsent und wirken sich auch auf die Zusammenarbeit und Aktivitäten aus, Bürgermeister müssen z.T. Erlaubnis der Zentralregierung einholen für Reisen oder Projektanträge
- Positive Rahmenbedingung: Stärkung Erneuerbarer Energien und Umweltprojekte durch die Zentralregierung wirkt sich positiv aus, (Vorgabe: 5% der Mittel von Zentralregierung müssen für Umweltprojekte verwendet werden)
- Die staatliche Entwicklungszusammenarbeit bietet einen Orientierungsrahmen und beeinflusst auch die kommunale Zusammenarbeit. Die Beziehung zwischen Deutschland und Nicaragua ist schwierig



4. Vortrag: **Projekterfahrungen und Möglichkeiten im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua**

Ralph Buss, Fachberater mit Schwerpunkt Lateinamerika bei Engagement Global gGmbH, Abteilung Förderung Auslandsprojekte – bengo; bis Herbst 2013 in Nicaragua tätig

Ralph Buss referierte über staatliche EZ und die Schwerpunktbereiche zivilgesellschaftlicher EZ in Nicaragua, sowie über Fördermöglichkeiten und Unterstützung von bengo für Auslandsprojekte.

Zu Beginn seines Vortrags ging Herr Buss kurz auf die Bereiche der staatlichen, bilateralen EZ ein, an denen sich auch die Zivilgesellschaft orientiert. In der Vergangenheit lagen deren Schwerpunkte in den Bereichen

- Wasserressourcenmanagement, Verbesserung der Trinkwasserversorgung,
- Schutz und nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen und
- Gute Regierungsführung/Soziale Entwicklung: Stärkung der Zivilgesellschaft, Förderung gesellschaftlicher Teilhabe

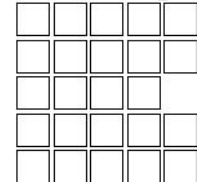
Derzeit werden nur Aktivitäten im Bereich der Trinkwasserversorgung durchgeführt, in den anderen Bereichen findet seit der Herunterstufung Nicaraguas in der deutschen EZ keine Zusammenarbeit mehr statt.

Zivilgesellschaftliche EZ

Die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit ist in der Solidaritätsarbeit der 1980er Jahre verwurzelt. Es gibt eine hohe Dichte an zivilgesellschaftlichen Organisationen und sozialen Bewegungen in Nicaragua, die enge Kontakte mit dem Ausland pflegen. Die deutsche Zivilgesellschaft und andere Sektoren (Kirche, Gewerkschaften) sind in einer großen Spannbreite in Nicaragua aktiv. Hinzu kommen zahlreiche Städtepartnerschaften und jährlich etwa 250 weltwärts-Freiwillige.

Schwerpunkte der Zivilgesellschaftlichen Zusammenarbeit sind:

- Menschenrechte: wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte, sexuelle Gewalt gegen Frauen, Betreuung von Opfern sexuellen Missbrauchs, Stärkung von Kinderrechten, Empowerment, Rechte indigener Gruppen und Landrechte
- Gesundheit und sexuelle reproduktive Rechte: Aids, Medizinische Grundversorgung, Naturmedizin, Ernährungssicherung
In diesem Bereich haben die Aktivitäten abgenommen, u.a. aufgrund der Verbesserung der medizinischen Versorgung unter der neuen Regierung und weil eine enge Abstimmung mit dem Gesundheitsministerium nötig ist (Gesundheit als Hoheitsaufgabe des Staates und Hilfsmotivation der Organisationen stehen sich z.T. gegenüber)
- Ländliche Entwicklung, Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft: Diversifizierung der Produktion, Markteinbindung (Vermarktungsförderung), Wertschöpfungsketten (Kakao), Lokale Wirtschaftsförderung, Förderung mikrounternehmerischer Initiativen, Ökonomisches Empowerment von Frauen



Projektbeispiele: verschiedene Kakaoprojekte zur Förderung der lokalen Produktion und z.T. auch Wertschöpfung, z.B. Kakaofabrik in Jinotega, Projekt Rio San Juan zu Kakaoanbau und Vermarktung gefördert von der Welthungerhilfe

- Umwelt- und Ressourcenschutz: Hotspots der Artenvielfalt erhalten, indigene Territorial- und Managementpläne (Co-Management mit Einbezug aller Akteure, z.B. Bergbau, Viehzüchter, Indigene..), Stärkung privater Schutzgebiete, Pufferzonenmanagement (Druck auf Kernzonen verringern durch nachhaltige Landwirtschaft in Pufferzonen), integrierte nachhaltige Ressourcennutzung (Nutzung der Wälder), Küstenzonenentwicklung (Mangrovenwälder schützen), Wachsende Bedeutung des Tourismus motiviert zusätzlich den Umweltschutz
- Bildung: zweisprachige, interkulturelle Bildung mit indigenen Gruppen an der Atlantikküste, Vorschulerziehung, Erwachsenenbildung, Umwelterziehung, Berufsbildung, Ernährung
- soziale und kommunale Infrastruktur: Trinkwasser und Abwasserversorgung, Kommunale Abfallwirtschaft, sozialer Wohnungsbau
- Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen ist wichtig. Dabei sollte darauf geachtet werden, nicht der Kommune Aufgaben aus der Hand zu nehmen, da sonst die Gefahr besteht, dass sich diese aus ihrem Verantwortungsbereich zurückzieht
- Katastrophenversorgung: Nicaragua ist besonders vulnerabel für Naturkatastrophen (Hurrikan, Vulkanausbrüche...)

Lernerfahrungen für die Projektarbeit:

- Projekte sind erfolgreicher bei partizipativer Planung, Begleitung und Umsetzung. Schreibtischprojekte sind weniger lebensfähig.
- Kapazitäten der nicaraguanischen ProjektträgerInnen (zivilgesellschaftliche Organisation oder Kommune) müssen beachtet werden, diese sollten nicht überfordert werden.
- Zusammenarbeit mit den vorhandenen Sektorstrukturen ist sehr wichtig. In den Bereichen Bildung und Gesundheit ist eine enge Zusammenarbeit nötig.
- Enge Begleitung durch deutsche AkteurInnen bei gleichzeitigem ownership der lokalen Organisation oder Kommune ermöglicht eine gute Zusammenarbeit und Steuerung der Aktivitäten.

Fördermöglichkeiten zivilgesellschaftlicher Projekte

bengo berät zivilgesellschaftliche TrägerInnen zu Fördermöglichkeiten des BMZ für entwicklungspolitische Vorhaben. Alle Stäpa-Vereine sind an sich förderfähig. Die Beratungsangebote umfassen den gesamten Prozess von der Antragstellung bis zur Abwicklung. Nicaragua ist ein Schwerpunktland der Förderung mit einer hohen Anzahl an geförderten Projekten.

Fördermöglichkeiten gibt es für Projekte aus allen im Vortrag vorgestellten Bereichen. Projekte sollten die Situation der armen Bevölkerung verbessern, Selbsthilfeanstrengungen der Gruppen verstärken und einen Beitrag zur Durchsetzung der Menschenrechte leisten.

Beim ersten Antrag ist eine maximale Fördersumme von 37.500 Euro möglich, bei Folgeanträgen ist 500.000 Euro die Höchstsumme. Der Förderanteil an den Gesamtkosten der Projekte beträgt immer 75 Prozent.

5. Diskussion der beiden Vorträge

Auf die Frage nach der Förderung von Genossenschaften als mögliche Ansprech- und Kooperationspartner antwortete Herr Buss, dass im Bereich der ländlichen Entwicklung bereits Projekte dieser Art existieren. Es gibt beispielsweise eine Frauenkooperative, die in Jinotega im Kakaoanbau aktiv ist. Herr Baudach ergänzte, dass auch eine Kooperative in Estelí Kakao zur Verarbeitung nach Bielefeld verkauft und Herr Dr. Ehrlenspiel berichtete vom ökofairen Kaffee in Freiburg, der ebenfalls von einer Kooperative angebaut wird.

Herr Bettenhäuser fragte, ob im Rahmen der Klimapartnerschaften auch eine Vernetzung in Nicaragua stattfindet. Laut Herr Baudach hat ein Netzwerktreffen für alle lateinamerikanischen Kommunen stattgefunden.

Frau Mildenberger kommentierte, dass Verhütung nicht als Projektthema in den vorgestellten Schwerpunkten enthalten war und fragte, ob ein Projekt in diesem Bereich umsetzbar wäre. Herr Buss antwortete, dass Projekte im Gesundheitssektor immer mit den zuständigen staatlichen Stellen koordiniert werden müssen. Das Ministerium unterstützt Projekte im Bereich Verhütung, jedoch nicht im Bereich Abtreibung. Eine Änderung des Abtreibungsverbots ist auch aufgrund des extremen Drucks der Kirchen auf die Politik derzeit nicht denkbar.

Herr Dr. Ehrlenspiel berichtete, dass von der Städtepartnerschaft geförderte Brennholzherde von der Bevölkerung nicht angenommen werden und fragte, wie Projekte erfolgreich aus der Bevölkerung initiiert werden können. Herr Baudach riet, dass die Bedürfnisse und Möglichkeiten der Bevölkerung einbezogen werden müssen. Der Rückgriff auf vor Ort bestehende Ideen und Projekte ist ratsam, hingegen sollten Projekte nicht einfach am Schreibtisch entworfen werden. Es können Akteurskarten erstellt werden, um zu sortieren, wer angesprochen und einbezogen werden soll. Zudem kann eine Steuerungsgruppe etabliert werden. Eine organisierte Zivilgesellschaft ist notwendig, damit diese Ideen für die Zusammenarbeit artikuliert werden können. Gleichzeitig ist darauf zu achten, dass sich die Organisationen nicht zum Selbstzweck entwickeln und sich vom Lebensalltag und den Interessen und Bedürfnissen der Bevölkerung entfernen.

Herr Baudach berichtete aus den Klimapartnerschaften, dass dort die Vorschläge der Handlungsprogramme von Partnerseite kämen, meist von den Kommunen. Frau Kuhles erzählt davon, dass sie ebenfalls von der Partnerseite Anfragen bekäme für Projekte.

6. Moderierter Austausch in Forum 1: Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt und Energie sowie Forum 2: Gesundheit, Bildung und Soziales

In den Foren gab es Raum für den persönlichen Austausch zu den Aktivitäten der Städtepartnerschaften im jeweiligen Bereich und zu aktuellen Fragen und Problemen der städtepartnerschaftlichen Arbeit.

Die in den Foren zusammengetragenen Fragen und Hinweise lauteten:

Forum 1: Landwirtschaft, ländliche Entwicklung, Umwelt und Energie

Wie kann man das Engagement vor Ort fördern und erhalten? Wie erweitere ich den Akteurskreis vor Ort?

- Der Alcaldía gegenüber um maximale Transparenz bemüht sein, damit diese keinen Kontrollverlust fürchten muss.
- Win-Win-Situationen herstellen.
- Bei Besuchen darauf bestehen, mit den gewünschten Akteuren in Kontakt treten zu dürfen, um Anknüpfungspunkte herstellen zu können.
- Partnerverein (als Mittler) vor Ort ist unerlässlich; nur über die Verwaltung zu gehen, ist schwierig.
- Art der eingebundenen Akteure auf beiden Seiten „spiegeln“, z.B. Einbindung einer Hochschule in der dt. Kommune als auch vor Ort

Wie komme ich ins Gespräch über schwierige Dinge?

- Langjährige, verlässliche Kontakte vor Ort notwendig; ein gutes Vertrauensverhältnis ist wichtig.

Wie sichere ich Nachhaltigkeit und führe eine Verhaltensänderung auf Seiten der Zielgruppe herbei?

- Verhaltensänderung ist ein langjähriger Prozess; daher immer „dranbleiben“.

Gibt es Projekterfahrungen mit Wasserzisternen?

- Keine Erfahrungen unter den Anwesenden vorhanden

Gibt es Erfahrungen mit Mikrokrediten?

- Keine Erfahrungen unter den Anwesenden vorhanden

Kann man die Fördergeberrichtlinien kommunenfreundlich gestalten?

- Nicht diskutiert. Frau Kurze verwies kurz darauf, dass Finanzierung als Thema für einen weiteren Runden Tisch geplant ist.

Wie erschließe ich Zugänge ins Umland?

- Nicht diskutiert.

Forum 2: Gesundheit, Bildung, Soziales

Wie können Strukturen zur Kommunikation mit der Partnerorganisation aufgebaut werden und so ausgestaltet werden, dass eine gute Zusammenarbeit und regelmäßige Information stattfinden kann?

- In den Kommunen wie in den Partnerschaftsvereinen gibt es beständig personellen Wechsel, deshalb ist es ratsam sich nicht ganz von Einzelpersonen abhängig zu machen. Auch wenn Projekte oft von besonders engagierten Einzelpersonen initiiert werden, sollte angestrebt werden, Aufgaben und Last auf mehrere Schultern zu verteilen. Sonst besteht die Gefahr, dass Projekte mit einer Person stehen oder fallen. Deshalb sollte es Bestandteil jedes Projektes sein, Organisationsstrukturen aufzubauen und/oder zu stärken.

- KooperationspartnerInnen, die nicht eingetragene Vereine sind (der Prozess der offiziellen Anerkennung der Gemeinnützigkeit ist kompliziert und langwierig), können ebenfalls Projektförderung erhalten, solange die geförderten Dinge nicht in deren Besitz übergehen, etwa eine Elternvereinigung für den Schulbetrieb. Alternative Organisationsformen, wie Kooperativen, Genossenschaften oder Stiftungen, sind ebenfalls eine Option.
- Vertrauen aufzubauen ist wichtig, ein langer Kontakt hilft dabei.
- Kulturelle Unterschiede und Empfindlichkeiten auf beiden Seiten sollten reflektiert und beachtet werden.

Wie kann der Bedarf vor Ort umfassend erfasst werden und die Übermittlung von Projektideen und Bedürfnissen besser laufen?

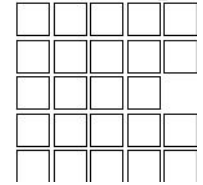
- Förderziele des deutschen Vereins oder der Kommune sollten besser vor Ort kommuniziert werden
- Freiwillige können zur Verbesserung der Kommunikation beitragen indem sie einen direkten Kanal zur Bedarfsübermittlung schaffen
- Basiserhebung zu Bedarf in der Gemeinde durchführen
- MultiplikatorInnen und Institutionen vor Ort zu Bedarf befragen
- Bei einer Reise bewusst Kontakte suchen und Bedarf erfragen
- Es gibt die Befürchtung, dass Projektvorschläge wegen des Aufwands der Abrechnung zurückgehalten werden

Wie kann die Bildungsarbeit und Öffentlichkeitsarbeit der Städtepartnerschaften in Deutschland gestärkt werden? Wie können mehr und neue Menschen erreicht werden?

- Angliedern an bestehende Veranstaltungen um das Publikum dort zu nutzen, z.B. Jubiläumsfeier der Stadt, einkaufsoffener Sonntag
- Nutzen von vorhandenen Foren mit potentiell interessierten Menschen, z.B. Spanischlerngruppe an der VHS, Geographiestudierende, etc.
- Internationales Treffen der Partnerstädte auf dem Marktplatz mit Ständen, an denen sich alle Partnerschaften präsentieren können

Die Ergebnisse der Foren wurden anschließend im Plenum gesichert und ergänzt um weitere Erfahrungen in **praktischen Tipps für die Projektarbeit** formuliert:

- Kommunikation ist Herausforderungen für alle: kulturelle Unterschiede berücksichtigen, sich persönliche Kommunikationsschablonen bewusst machen
- Förderstrukturen durchschauen ist schwierig aber es gibt immer wieder Wege, um Projekte umzusetzen. Fördermöglichkeiten sollten genutzt werden, dazu ist Austausch wichtig und Anregungen sollten weitergegeben werden
- ASA als Möglichkeit zur Finanzierung und zur besseren Kommunikation (Austausch von deutschen und nicaraguanischen Studierenden)
- Zusammenarbeit mehrerer europäischer Städte mit derselben nicaraguanischen Partnerstadt ermöglicht Koordination und die Umsetzung gemeinsamer größerer Projekte
- Reverse Programm mit Freiwilligen in Erlangen hat hohen Wert für Partnerschaftsarbeit durch direkten Austausch. Freiwillige können in Schulen berichten und so die Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit unterstützen
- Aus Schüleraustausch/Jugendaustausch sind viele Ideen entstanden,



- Kunstprojekt von deutschen und nicaraguanischen KünstlerInnen schafft sichtbares Zeichen der Zusammenarbeit und Partnerschaft
- StäPa muss in Bewusstsein der Bevölkerung in Deutschland und Nicaragua tiefer eindringen
- Stäpa als langfristige Zusammenarbeit und Partnerschaft darstellen in Deutschland und in Nicaragua
- Wegführen von Nord-Süd-Gefälle in der persönlichen Begegnung
- Bildungsarbeit im Zusammenhang der StäPa ermöglicht lernen und erfahren globaler Zusammenhänge und Probleme an konkreten Beispielen
- Lernen im Norden: Nicht nur GeberInnen spielen sondern sich auch als NehmerInnen erkennen
- Bezug zur Zukunftscharta des BMZ: was muss hier in Deutschland gelernt werden? Wohin müssen wir uns entwickeln? Die kommunale Zukunftscharta bietet Ansatzpunkte für Veränderung der Zusammenarbeit weg von der reinen EZ.

7. Zusammenfassung und Abschied

Zum Ende des Runden Tisches fasste die Moderatorin Annegret Kurze die Ergebnisse des Tages kurz zusammen und bedankte sich bei allen Vortragenden und Anwesenden. Sie verabschiedete alle Teilnehmenden des Runden Tisches mit der Hoffnung, dass der Austausch und die Informationen für die zukünftige Arbeit der Städtepartnerschaften bereichernd sein würden.

Der nächste Runde Tisch findet voraussichtlich im Frühjahr 2015 statt. Die Einladung dazu erfolgt rechtzeitig im neuen Jahr.

ANLAGEN:

- Präsentation „Nicaragua, geprägt von einer starken, machtbewussten und zentralistischen Regierung“, Eberhard Albrecht, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. München
- Präsentation „Erfahrungen mit Klimapartnerschaften“, Kurt Baudach, SKEW
- Präsentation „Projekterfahrungen und Möglichkeiten im Rahmen der zivilgesellschaftlichen Entwicklungszusammenarbeit mit Nicaragua“, Ralph Buss, bengo
- Teilnehmerliste mit Kontaktdaten

Protokoll: finep

In Kooperation mit Engagement Global gGmbH/Servicestelle Kommunen in der Einen Welt.



Gefördert durch:



Die Veranstaltung wurde mit Mitteln der Europäischen Union und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung durchgeführt. Die Verantwortung für den Inhalt tragen allein die Veranstalter. Der Inhalt der Veranstaltung gibt unter keinen Umständen eine Position der Europäischen Union oder des BMZ wieder.